

Im Fokus

Der Schutz geistigen Eigentums in der VR China – Status quo und Grenzen

Protection of Intellectual Property Rights in the People's Republic of China – Status Quo and Limitations

Katja Levy

Abstract

China's Intellectual Property Rights (IPR) protection system is a hot topic on many international agendas. What is the current debate about and what is the situation in China today? In a first step this analysis summarizes the status quo of IPR protection in China and current trends in the debate about it. It comes to the first conclusion that China has already adapted its legal framework quite sufficiently, but lacks effective enforcement strategies as well as incentives to adhere to the rules of IPR protection. The second part of this analysis is devoted to connect this debate to the question of the limitations of IPR – a question that so far has been discussed solely in Western countries with respect to poor developing countries but not China. The article comes to the final conclusion that a successful further development of the global IPR system – especially concerning its harmonization and scope – will have to consider the perspectives of all WTO member countries, including the People's Republic of China.

Keywords: China, Intellectual Property Rights Protection, Chinese law, IPR and innovation

Die aktuelle Debatte um den Schutz geistigen Eigentums in der VR China

[...] it is important to have an innovation system, including an intellectual property regime, that ensures that advances in knowledge are widely used. That may require innovative approaches, quite different from intellectual property regimes based on privatization and monopolization of knowledge, with the high prices and restricted benefits that follow. Too many people think of economics as a zero-sum game, and believe China's success is coming at the expense of the rest of the world (Stiglitz 2007).

Der Schutz geistigen Eigentums (Intellectual Property Rights, kurz IPR) in der Volksrepublik China steht im Jahr 2007 auf jeder internationalen Agenda. Nicht nur die Tagespresse ist voll von Berichten über gefälschte Prada-Handtaschen und nachgebaute Magnetschwebebahnen. Auch in der deutschen Außenpolitik wird das Thema hochgehängt: Im Rahmen ihrer EU-Präsidentschaft hat Bundeskanzlerin Angela Merkel die Frage von Produktpiraterie und Technologieklaue auf ihre Agenda gesetzt (BReg 2007a:24). Auf dem G-8-Gipfel – diesen Sommer in Heiligendamm auch unter deutscher Präsidentschaft – ist der Patentschutz ebenfalls ein zentrales Thema (BReg 2007b:3). Und die Bundesjustizministerin stellt passend dazu das jährliche, hochkarätig besetzte Symposium des deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialogs 2007 unter das Motto „Schutz des geistigen Eigentums“ (BMJ 2006).

Data from seizures at foreign borders indicate that China is the world's leading source of counterfeit and pirated goods. [...] Other sources predict that China's share of the world's trade of counterfeit and pirated goods will continue to increase annually (Hors/Zhang 2005:422).

Unternehmer aus westlichen Ländern erleiden durch mangelnden Schutz geistigen Eigentums in der VR China Umsatzverluste und die Verwässerung ihrer Marken; die Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher wird durch unsachgemäß hergestellte Medikamente oder qualitativ minderwertige Ersatzteile z.B. für Autos gefährdet. Für die Hersteller von Luxusartikeln geht es neben Umsatzverlusten auch um den Verlust von Exklusivität und die Blamage der Kunden, die auf ein gefälschtes Produkt hereingefallen sind (Fuchs 2006:50). Die Folgen des mangelnden IPR-Schutzes zeigen sich in massiven Zoll- und Steuerausfällen, in der Vernichtung von sicheren, sozialversicherten und besteuerten Arbeitsplätzen, in der Kriminalisierung der Wirtschaft sowie dem Verlust an internationaler Reputation (Fuchs 2006:53f.). Dabei geht es den westlichen Staaten und ihren Unternehmern auch um die Wahrung ihres Gesichts, sodass die Frage der Gegenwehr zur Frage der Ehrenrettung wird (Fuchs 2006:37).

Besonders die Bundesrepublik Deutschland, deren Wirtschaft in wichtigen Branchen wie der Fahrzeug- und Maschinenbauindustrie sowie in der Chemieindustrie und Elektrotechnik exportabhängig ist, leidet unter den Folgen von Marken- und Produktpiraterie. Nicht nur die Unternehmensreputation leidet bei gefälschten Exportartikeln, es kann auch zu unangenehmen Haftungsfällen kommen, wenn gefälschte Ersatzteile Schaden anrichten (Fuchs 2006:57).

Produktpiraterie und Markenfälschung gibt es – in unterschiedlichen Ausma-

ßen – in allen Staaten der Erde. Was unterscheidet die Diskussion um dieses Phänomen in China von anderen Ländern? Warum ist die Debatte so heftig? Die Analyse geht von einer aktuellen Bestandsaufnahme des Status quo des IPR-Schutzes in der Volksrepublik China aus. Es folgt dann ein Blick in die Praxis der Rechtsdurchsetzung. Anschließend werden die Argumente der Befürworter einer weiteren Verstärkung des IPR-Schutzes in China zusammengestellt. Der erste Teil des Artikels endet mit einem Fazit zur aktuellen Situation des chinesischen IPR-Schutzes und der Debatte darüber.

Im zweiten Teil wird der Blick zunächst über China hinaus erweitert: In der aktuellen Diskussion über IPR-Schutz, besonders im Hinblick auf Entwicklungsländer, werden gute Gründe dafür angeführt, den weltweiten IPR-Schutz nicht in unermessliche Höhen zu schrauben und auch nicht unbegrenzt auszudehnen. Abschließend wird erörtert, inwieweit diese zweite IPR-Debatte für China eine Rolle spielt und ob sie überhaupt auf China bezogen werden kann. Denn bisher wurde dieses Land, das sich selbst als Entwicklungsland bezeichnet, davon ausgenommen. Ein zweites Fazit schließt die Analyse ab.

Status quo des IPR-Schutzes in der VR China – Theorie und Praxis

Theorie: Der rechtliche Rahmen

Unter geistigen Eigentumsrechten versteht man Rechte, die von der Gesellschaft an Individuen oder Organisationen verliehen werden und sich prinzipiell auf schöpferische Werke beziehen (Hors/Zhang 2005:408). Grob kann man die IPR in die zwei Hauptkategorien gewerbliches und künstlerisches/literarisches Eigentum einteilen. Darunter werden verschiedene Sachverhalte gefasst: Patente, Marken und Geschäftsgeheimnisse sind gewerbliches Eigentum; Urheberrechte schützen künstlerische und die literarische Werke. Darüber hinaus spricht man von Schutzrechten *sui generis* („eigener Art“ als Ausdruck dafür, dass sie sich nicht in anderen Kategorien unterbringen lassen), wenn beispielsweise Gensequenzen, integrierte Schaltungen oder Datenbanken geschützt werden (Hors/Zhang 2005:408ff.).

Die ersten IPR-Gesetze wurden am Ende der Qing-Dynastie von den ausländischen Mächten in China eingeführt. Allerdings setzten sie sich kaum durch, denn auch die Ausländer konnten sich untereinander nicht über den Inhalt der Regelungen einigen (Alford 1994:44). In der darauf folgenden Republikzeit

standen andere Probleme, wie die Einigung des Landes und die japanische Besetzung, im Vordergrund, sodass es zu keinem nennenswerten Fortschritt in Sachen geistiger Eigentumsrechte kam (Groombridge 2000:15f.). Nach 1949 setzte die Volksrepublik diese Regelungslosigkeit zunächst fort. Nicht Gesetze, sondern der Wille der Partei waren die Basis für Entscheidungen zu allen Fragen der Gesellschaft, darunter auch die zu geistigen Eigentumsrechten (Ganea 2005:xii). Allerdings gab es 1950 die erste patentrechtliche Regelung (Provisional Regulations on the Protection of Invention Rights and Patent Rights), die eng an das sowjetische Modell angelehnt war. Sie sollte Erfindern einige materielle Vorteile einräumen mit dem Ziel, Intellektuelle in den Aufbau der zerstörten Wirtschaft einzubeziehen. Trotzdem wurden in den ersten Jahren nur sehr wenige Patente tatsächlich angemeldet (Groombridge 2000:17f.).

Mit der Einführung der Reform- und Öffnungspolitik durch Deng Xiaoping 1978 entwickelte sich auch das System des Schutzes des geistigen Eigentums in der VR China weiter (Groombridge 2000:11). Ab den 1980er Jahren wurden die wichtigsten Gesetze zum Schutz geistigen Eigentums in China erlassen (Ganea 2005:xiii; IPR.org 2007), darunter:

- das Markengesetz (Trademark Law 1982), revidierte Fassungen von 1993 und schließlich 2001,
- das Patentrechtsgesetz (Patent Law 1984), Novellierungen 1992, 2000,
- die Regelungen bzgl. IPR im Zivilrecht (General Principles of Civil Law 1986),
- das Urheberrechtsgesetz (Copyright Law 1990), revidiert 2001,
- das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (Law of the People's Republic of China against unfair Competition 1993),
- die Regelungen im Strafrecht über die Verletzung von IPR (Amended Criminal Law 1997),
- das Vertragsgesetz (Contract Law 1999), revidiert 2005.

Wie aus dieser Zusammenstellung ersichtlich ist, wurden die wichtigsten IPR-Gesetze anlässlich des Beitritts zur World Trade Organization (WTO) 2001 reformiert. Auf den IPR Action Plan von 2006 folgend wurden Entwürfe der Revisionen des Patentgesetzes und des Markengesetzes veröffentlicht (USTR 2006b:73).

Ganz aktuell sind folgende Entwicklungen: Die VR China hat im März 2007 ihren Beitritt zu den Internetverträgen der World Intellectual Property Organization (WIPO) abgeschlossen, die urheberrechtliche Fragen im Internethandel betreffen (USTR 2007). Anfang April 2007 wurden neue so genannte Justizielle

Interpretationen zu Strafsachen im Bereich IPR vom Obersten Volksgericht und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft der VR China herausgegeben, die sowohl die Strafbarkeitsschwellen für Produktpiraterie senken als auch die Definition des IPR-Schutzverletzers ausweiten (ZGRMFY 2007; IPR.gov 2007). Die juristischen Erläuterungen des Obersten Volksgerichts sind zwar keine Gesetze, sie haben allerdings in China den Charakter einer Rechtsquelle, die für die Gerichte verbindliche Anwendung findet (Blume 2006:128).

Auch bezüglich der Transparenz staatlichen Vorgehens gegen IPR-Verletzungen hat die VR China einige Maßnahmen ergriffen: Sowohl 2006 als auch in diesem Jahr wurden so genannte IPR Action Plans vorgelegt, die darlegen, welche gesetzlichen Regelungen geändert werden sollen und welche Kampagnen geplant sind. Darüber hinaus wurde im April 2006 die „intellectual property rights (IPR) protection website“ (www.ipr.gov.cn) auf Chinesisch und etwas weniger umfangreich auf Englisch freigeschaltet (Huck 2006:420f.).

Im April 2007 haben die USA ein Schlichtungsverfahren bei der WTO bezüglich der Mängel im chinesischen IPR-Schutzsystem eingeleitet (USTR 2007). Darauf wird im Abschnitt über die Kritik der westlichen Länder an Chinas IPR-Schutzsystem noch genauer eingegangen.

Die gesetzlichen Regelungen lehnen sich stark an das deutsche bzw. kontinental-europäische Vorbild an (Fuchs 2006:169; Karchow 2006:75), allerdings macht sich in manchen Bereichen auch der US-amerikanische Rechtseinfluss bemerkbar, z.B. im Bereich des Urheberrechts (Karchow 2006:77).

Daneben haben auch die Mitgliedschaften in internationalen Organisationen und die internationalen Abkommen zum IPR-Schutz, die China unterzeichnet hat und somit in nationales Recht umsetzen muss, direkten Einfluss auf das System des Schutzes geistigen Eigentums in China (siehe Tabelle 1 im Anhang). Nach Zheng Chengsi, dem 2006 verstorbenen chinesischen Spezialisten für geistiges Eigentum, gilt:

Once China adheres to a multilateral convention or concludes a bilateral treaty with another country in the civil or commercial field, the said treaty will automatically constitute part of Chinese domestic law, except those provisions reserved by China (Zheng 1997, zitiert in Groombridge 2000:21; siehe auch: Allgemeine Grundsätze 1986, Art. 142).

Das TRIPs-Übereinkommen musste mit Beitritt zur WTO in nationales Recht umgesetzt werden, deshalb erfolgten auch im Jahr 2001 wichtige Revisionen in verschiedenen Gesetzen (z.B. Markengesetz, Urheberrechtsgesetz). Die VR

China hat seit Anfang der 1980er Jahre fast alle wichtigen internationalen Verträge und Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums unterzeichnet, ein im Ganzen solides Rechtssystem aufgebaut und zahlreiche Kampagnen zum Schutz geistigen Eigentums durchgeführt. Die Transparenz in Bezug auf die vielen Regelungen und Gesetze zum geistigen Eigentum ist in den letzten Jahren in der VR China auch entscheidend verbessert worden, aber noch fehlen systematische Veröffentlichungen über die praktische Anwendung dieser Regelungen (Ganea 2005:xv).

Neben der Überarbeitung und Ergänzung des rechtlichen Rahmens zum IPR-Schutz führt die chinesische Regierung auf verschiedenen Ebenen Kampagnen durch. Dabei handelt es sich sowohl um groß angelegte, Aufmerksamkeit erregende Razzien auf Märkten als auch um aufwändige Programme zur Ausbildung von Verwaltungspersonal (Hors/Zhang 2005:423) sowie zur Stärkung des (Un-)Rechtswusstseins der Bevölkerung in Bezug auf IPR-Verletzungen. Die US-amerikanischen Unternehmer bescheinigen beispielsweise der Kampagne namens „Mountain Eagle“ gegen Markenpiraterie eine hohe Effektivität, was die Quote der Festnahmen und die Sicherstellung von gefälschten Waren angeht (USTR 2006b:78). Andreas Blume hat die Beobachtung gemacht,

dass der Handlungsspielraum der Strafverfolgungsbehörden [...] IP-Verletzungen nicht zu ahnden, geringer wird, wenn ein Antrag während oder direkt nach einer zentralstaatlich gelenkten IP-Schutzkampagne gestellt wird (Blume 2006:111).

Praxis: Die Durchsetzung

Die Durchsetzung der Gesetze und Vorschriften zum IPR-Schutz erfolgt auf zwei parallelen Wegen: dem administrativen Verfahren der Verwaltungsorgane und den gerichtlichen Verfahren. Blume unterscheidet vier Wege der Durchsetzung: Verwaltungsverfahren, zivilrechtliches und strafrechtliches Verfahren sowie Grenzbeschlagnahme in Zusammenarbeit mit dem chinesischen Zoll (Blume 2006:257).

Laut Statistik des Amtes für geistiges Eigentum der VR China werden in der Regel 90% der Verletzungsfälle im Bereich des geistigen Eigentums auf dem Verwaltungsweg erledigt (BReg 2006:2). Die administrative Durchsetzung des Schutzes geistigen Eigentums obliegt einer ganzen Reihe von Institutionen (siehe Tabelle 2 im Anhang). Obwohl auf lokaler Ebene die Institutionen, die die Richtlinien in ihrem Aufsichtsbereich durchsetzen sollen, direkt den dortigen

Regierungen unterstellt sind und sich daraus unweigerlich Abhängigkeiten ergeben, gilt die administrative Durchsetzung von Rechten an geistigem Eigentum immer noch als schneller und billiger als der Weg über die Gerichte (Ganea 2005:xiv). Da der überwiegende Teil dieser Fälle ohne Strafsentscheidung, z.B. durch Schlichtung, beigelegt wird, geht von der Durchsetzung von IPR durch den Verwaltungsweg kaum eine abschreckende Wirkung aus (Blume 2006:111).

Neben diesen administrativen Maßnahmen steht der Weg durch die Gerichte offen. Dabei ist die unklare Trennung zwischen administrativem und richterlichem Verfahren schon allein oft Quelle von Konflikten (Groombridge 2000:22).

In den letzten Jahren wurden von der chinesischen Seite Anstrengungen unternommen, die Zivilgerichtsbarkeit effektiver zu gestalten: Es wurden spezielle IPR-Kammern auf der Ebene der Oberen Volksgerichte in den regierungsunmittelbaren Städten bzw. Provinzen und auf der Ebene der Mittleren Volksgerichte in vielen weiteren Städten eingerichtet. Außerdem findet man diesen Typ spezialisierter Kammern auch in einer Reihe von Hi-Tech Economic Development Zones (Blume 2006:120). Mit Hilfe von Zivilgerichtsverfahren wird in China häufig versucht, Patentverletzungen zu ahnden. Im Gegensatz zur Verletzung von Markenrechten, die aufgrund der vergleichsweise einfachen Erkennung von rechtsverletzenden Tatbeständen meistens über das Verwaltungsverfahren abgewickelt werden, bevorzugt man bei Patentverletzungen Zivilgerichte, da dort ein etwas höheres Verständnis für Patentangelegenheiten vorhanden ist (Blume 2006:122).

1997 wurden IPR-relevante Straftatbestände in das chinesische Strafgesetzbuch aufgenommen (IPR.gov 2007). Dadurch gelangten diese Tatbestände in den Zuständigkeitsbereich der Behörde für Öffentliche Sicherheit (Maskus et al. 2005:309). Bisher wurde an diesen strafrechtlichen Regelungen kritisiert, dass Formulierungen wie „schwerwiegende Rechtsverletzung“ oder eine „relativ große Verkaufsmenge“ gefälschter oder imitierter Waren in den entsprechenden Artikeln im Strafgesetzbuch große Interpretationsspielräume zuließen und zudem hohe Hürden für eine verwertbare Beweisführung vor Gericht eine effektive strafrechtliche Verfolgung erschwerten (Blume 2006:126f.). Die oben erwähnten Justiziellen Interpretationen vom April dieses Jahres sind offensichtlich eine Reaktion auf diese Kritik, die auch von der United States Trade Representative (USTR), die für die Formulierung der US-Handelspolitik und entsprechende Beratung der US-Regierung zuständig ist, vorgebracht wurde (USTR 2007). Ob sich dadurch tatsächliche Verbesserungen in der Rechtssprechung ergeben, wird die Praxis erst

noch erweisen müssen. Die Hoffnungen, die ausländische Beobachter auf eine ähnliche Herabsetzung der Strafbarkeitsschwellen in einer Justiziellen Interpretation in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 setzten (Hors/Zhang 2005:422), scheinen sich jedenfalls im Nachhinein nicht bestätigt zu haben, denn die Beschwerden wurden in der Folgezeit aufrechterhalten.

Schließlich ist die General Administration of Customs (GAC), die chinesische Zollbehörde, für die Überwachung von Importen und Exporten hinsichtlich der Verletzung von geistigen Eigentumsrechten verantwortlich (Feng 2003:25). Mit der Zollverordnung zum Schutz geistigen Eigentums vom 1. Oktober 1995 wurden die chinesischen Zollbehörden ermächtigt, Waren und Produkte zu beschlagnahmen und zu zerstören, wenn diese registrierte Handelsmarken, Urheberrechte und Patente verletzen. Die politische Motivation zur Formulierung dieser Zollverordnung rührte von der bilateralen Übereinkunft mit den USA aus dem gleichen Jahr her (1995-Agreement Regarding Intellectual Property Rights) (Blume 2006:134). Die praktische Bedeutung des Zolls als Instrument zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie liegt auch darin, dass er nicht nur beim Import, sondern auch bei Exporten Beschlagnahmungen durchführen (Blume 2006:135) und so den Handel mit gefälschten Waren auf Märkten außerhalb Chinas verhindern kann. Problematisch ist bei Zollbeschlagnahmungen, dass der Verbleib der sichergestellten Waren nicht eindeutig geregelt ist, sodass nicht verlässlich verhindert wird, dass die Ware trotzdem wieder auf den Markt, ja manchmal sogar wieder in die Lagerhäuser der Täter zurückgelangt (Blume 2006:139).

Trotz der schon weit entwickelten Rechts- und Verfahrenslage im IPR-Schutz werden von Beobachtern des Schutzsystems und Praktikern aus der Wirtschaft noch schwerwiegende Mängel und Probleme vorgebracht. Im Wesentlichen lassen sich die Probleme der IPR-Durchsetzungspraxis in vier große Bereiche einteilen: unfaire Behandlung von Ausländern, Mängel im Rechtssystem und außerdem mangelndes Unrechtsbewusstsein sowie schlechte personelle und finanzielle Ausstattung der Behörden.

Obwohl das TRIPs-Abkommen gerade die ungleiche Behandlung von ausländischen und inländischen Marktteilnehmern durch die Grundsätze Inländerbehandlung und Meistbegünstigung ausschließt, wird dieses Problem in mehreren Facetten immer wieder bemängelt. Dazu gehört, dass viele der IPR-relevanten Gesetze nur oder zuerst nur auf Chinesisch veröffentlicht werden. Lokalprotektionsismus macht sich zum Beispiel in der staatlichen Beschaffungspolitik bemerkbar

(USTR 2007). Die Vorwürfe zu *guanxi* und Korruption gehen in die gleiche Richtung.

Das gegenwärtige Rechtssystem wird zwar in Bezug auf IPR von den meisten Beobachtern als nahezu vollständig und vorbildlich dargestellt (Hors/Zhang 2005:402; Ganea 2005:xii; Huck 2006:422), jedoch gibt es noch eine Vielzahl von Mängeln in der Rechtssetzung. Die administrative und zivilrechtliche Vorgehensweise gegen IPR-Verletzungen haben eine vergleichsweise niedrige Abschreckungswirkung, weil die Strafen niedrig sind und sich die gesetzwidrige Tätigkeit mit einfachen Tricks nach kurzer Unterbrechung wieder aufnehmen lässt (Hors/Zhang 2005:419). Am strafrechtlichen Verfahren werden meist die niedrigen Schwellen kritisiert, die den Produkt- und Markenfälschern „safe harbors“ gewähren (USTR 2007). Auch die weit auslegbaren Formulierungen im Strafgesetz werden bemängelt (USTR 2007; Blume 2006).

Im zivilrechtlichen Bereich sind vor allem die inkonsequente und ungerechte Durchsetzung der Gesetze und Bestimmungen sowie die schlechte Ausbildung des Personals in den Gerichten problematisch (USTR 2007). Die Verfahren werden als intransparent, kostspielig und sehr anspruchsvoll bezüglich der Beweisführung empfunden. Sie bilden nicht zuletzt eine hohe finanzielle Hürde für Rechteinhaber. Abgesehen von den Schwierigkeiten, den Zoll in einem Fall von IPR-Verletzung zu aktivieren, bildet dort die fehlende klare Regelung über den Verbleib der konfiszierten gefälschten Produkte den größten Mangel.

Die Probleme sind je nach IPR-Bereich unterschiedlich gelagert: Im Namen der USA, deren Exporte zu einem Großteil aus urheberrechtlich geschützten Werken wie Filmen, Videospiele und Büchern besteht, kritisiert die USTR die restriktive Importpolitik der VR China, die durch Verbote oder Verzögerungen die Raubkopien geradezu herausfordere (USTR 2007).

Im Zuge von Patentanmeldungen beklagt die USTR die Weitergabe von vertraulichen Informationen während des Prüfungsprozesses. Das chinesische Patentrecht ließe darüber hinaus durch seine sehr engen Bestimmungen bestimmte Patente aus dem Bereich der Genpatente kaum zu. Die unklare Regelung über Generika trüge zur Verbreitung von gesundheitsschädlichen und gefährlichen Medikamenten bei (USTR 2007). Kamperman Sanders sieht auch im Bereich des Patentrechts Benachteiligungen ausländischer Wettbewerber gegeben, da sie sich auf eine kleine Anzahl von Designagenturen zur Anmeldung beschränken müssten. Zudem seien Prozesse für Ausländer auch teurer und mühsamer (Kamperman Sanders 2007:422). Schließlich haben Produktpiraten das Patentrecht für sich

entdeckt, indem sie sich die Rechte für die Erfindungen und Entwicklungen anderer unter ihrem eigenen Namen registrieren (und die Urheber später für die Lizenzen teuer bezahlen lassen) (Blume 2006:255).

Das gesamte Rechtssystem krankt daran, dass zwischen den Ministerien, Agenturen und lokalen Behörden keine Koordinierung vorhanden ist. Die lokalen Behörden stehen häufig in einem Interessenskonflikt zwischen dem IPR-Schutz und dem Verlust eines Steuer und Abgaben zahlenden, aber Produktpiraterie betreibenden Unternehmens (USTR 2007; Fuchs 2006:113). Ein Hauptproblem der chinesischen rechtlichen Situation ist, dass die in Beijing verabschiedeten Gesetze in den Provinzen nur unzuverlässig umgesetzt werden (Fuchs 2006:112). Der administrative Bereich leidet auch unter der strikten Trennung zwischen den einzelnen IPR-Arten, z.B. die Trennung in der Bearbeitung von patent- und markenrechtlichen Fällen (Hors/Zhang 2005:419). Es kommt vor, dass Fälle zivilrechtlich behandelt werden, weil eine Behörde an den Gebühren interessiert ist, obwohl die Behandlung sinnvoller strafrechtlich gewesen wäre (Hors/Zhang 2005:407). Jede lokale Regierung entscheidet selbst darüber, welche organisatorische Struktur ihr administratives IPR-System haben soll (Hors/Zhang 2005:416).

Das Rechtssystem wird als zu wenig abschreckend für potenzielle Straftäter kritisiert (USTR 2007). Gleichzeitig bietet es auch zu wenig Anreize zur Einhaltung von IPR-Gesetzen (Maskus et al. 2005:308). Es weist zudem noch einige Gesetzeslücken auf (Blume 2006:103). Wie auch in anderen Rechtsgebieten der VR China leidet der IPR-Schutz in vielerlei Hinsicht an mangelnder Transparenz. Die schlechte personelle und finanzielle Ausstattung der Behörden und die schlechte Ausbildung der Juristen, die sich mit IPR-Schutz befassen, sind ein weiteres ernstes Problem (Hors/Zhang 2005:423). Schließlich ist das mangelnde Unrechtsbewusstsein vielleicht die größte Herausforderung für eine striktere Durchsetzung der IPR in der VR China (Kamperman Sanders 2007:422; Maskus et al. 2005:309; Karchow 2006:81).

Am 10. April 2007 haben die USA eine Beschwerde bezüglich des unzureichenden IPR-Schutzsystems in der VR China bei der WTO eingereicht und fordern Konsultationen darüber, dass China seinen Verpflichtungen aus dem TRIPs-Abkommen nicht weitgehend genug nachkommt. Es geht dabei vor allem um drei Probleme:

- Zu hohe quantitative Schwellen, die den Rechteverletzern einen „safe harbor“ bieten, in dem sie ungestört ihren gesetzwidrigen Aktivitäten nachgehen

können.

- Das Fehlen von verbindlichen Regeln über den Verbleib von durch den Zoll beschlagnahmter Ware.
- Die Tatsache, dass urheberrechtliche Werke, die für den chinesischen Markt bestimmt und vorbereitet sind, sich aber noch in der Prüfung der Zensurbehörden befinden, offenbar vom Urheberrecht ausgenommen sind (USTR 2007).

In einem zweiten Antrag auf Streitschlichtung, den die USA am selben Tag ebenfalls bei der WTO einreichten, fordern sie Aufklärung über den Tatbestand, dass durch die Weigerung Chinas, bestimmte Bücher und Filme aus inhaltlichen Gründen ins Land zu lassen, der Anreiz erhöht wird, diese urheberrechtlich geschützten Waren illegal zu kopieren und zu verbreiten (USTR 2007).

Es gibt also trotz der deutlichen rechtlichen Fortschritte noch eine Vielzahl von Problemen im IPR-System der VR China. Nicht nur ausländische Staaten und ihre Unternehmer, sondern zunehmend auch chinesische Firmen fordern verstärkten IPR-Schutz. Nach Maskus sind chinesische Unternehmen wahrscheinlich die größten Opfer von Marken- und Produktpiraterie in der VR China (Maskus et al. 2005:296).

Spezifisch chinesische Faktoren für die schlechte Durchsetzung von IPR-Schutz in der VR China

Trotz der verstärkten Anmeldeaktivität in der letzten Zeit von Inhabern gewerblicher Schutzrechte nehmen das Ausmaß und die Schwere von IPR-Verstößen in China weiterhin zu (Blume 2006:102). Normalerweise nimmt die Produkt- und Markenpiraterierate ab, wenn das Einkommen steigt (Maskus et al. 2005:303), in China ist bisher jedoch kein typischer Verlauf zu sehen: Noch Jahre nach dem WTO-Beitritt ist kein Rückgang festzustellen. Welche Gründe könnte es dafür geben? Der Schutz geistigen Eigentums ist in der VR China erst in den letzten 30 Jahren systematisch vorangetrieben worden. In dieser im Vergleich zu anderen Ländern sehr kurzen Zeitspanne musste der geistige Eigentumsschutz in eine spezifisch chinesische Rechts- und Denktradition eingefügt werden.

Üblicherweise wird die mangelnde Durchsetzung der geistigen Eigentumsrechte auf die besonderen Traditionen und das Denken der Chinesen zurückgeführt. Das Prüfungssystem, aus dem sich im chinesischen Kaiserreich bis zu seiner Abschaffung im Jahr 1905 die Beamtenschaft rekrutierte, erforderte vornehmlich das Auswendiglernen der klassischen Texte. Auch beim Erlernen der chinesischen

Schrift ist ein großes Pensum auswendig zu lernen, denn die exakte Bedeutung und Aussprache jedes einzelnen Schriftzeichens muss gelernt und kann nicht wie in alphabetischen Sprachen durch logische Schlüsse auf andere Weise, also durch Regeln oder Muster, abgeleitet werden. Es ist bezeichnend, dass das Wort *xue* im Chinesischen sowohl nachahmen als auch lernen bedeutet. In der Kunst schließlich ist es sogar eine Form der Ehrerbietung, die großen Maler und Kalligrafen zu kopieren.

Diese Facetten der chinesischen Kultur werden von verschiedenen Autoren (u.a. Alford 1994; Abele 2006) zur Erklärung herangezogen, warum sich geistige Eigentumsrechte in China so schwer schützen lassen. Dabei erklären diese Traditionen eher, warum in China so besonders gut kopiert wird. Das fehlende Bewusstsein für geistiges Eigentum ließe sich dadurch nicht erklären, finden andere Autoren (z.B. Ganea 2005:xi), denn das Kopieren des Stils eines Meisters der chinesischen Malerei sei einfach nicht mit dem Kopieren von CDs zu vergleichen. Auch bei den kaiserlichen Beamtenprüfungen, die übrigens in den letzten Jahren ihres Bestehens auch ganz bodenständige und praxisnahe Themen umfassten, war nicht nur das Auswendigkönnen der Texte ausschlaggebend für den Erfolg des Kandidaten, sondern vor allem seine Fähigkeit zur Interpretation. Diese Interpretation wandelte sich aber über die Zeiten und erforderte geistige Flexibilität und ein Gespür für den Zeitgeist. Nach der Abschaffung der Prüfungen, in der Republikzeit und unter Maos Herrschaft war bekanntlich das „Lesen zwischen den Zeilen“ eine Kunst, die in China lebensnotwendig war. Neben der unbestrittenen großen handwerklich-technischen Fähigkeit zur Nachahmung muss man den chinesischen Unternehmern in dieser Diskussion also auch eine hohe geistige Flexibilität und das Gespür für Chancen zugestehen, die sich ebenfalls deutlich auf den Schutz des geistigen Eigentums mit chinesischen Besonderheiten auswirken.

Abgesehen von diesen Ableitungen aus Tradition und Geschichte des chinesischen Reiches lassen sich auch noch andere Faktoren ermitteln, die die ungewöhnlich hohe Rate an Fälschungen in China begünstigen. Andreas Blume vermutet in seiner Studie einen Zusammenhang zwischen dem sehr niedrigen Durchschnittseinkommen und dem sehr hohen Ginikoeffizienten (2006: 44,7 laut IAS 2007) in der VR China, dem Maß für die Ungleichheit der Einkommensverteilung von Gesellschaften (Blume 2006:205f.). Darüber hinaus lassen sich bei Blume und Maskus (Maskus et al. 2005:303, 313) noch weitere Faktoren finden, die unabhängig von der chinesischen Kultur ebenfalls eine Rolle für die

außergewöhnlich hoch entwickelte Kopierkultur in China spielen können:

- Profitgier: Die Kopierer erzielen hohe Gewinnmargen, da sie keine Entwicklungskosten zu tragen haben.
- Pirateriewaren verkaufen sich besser als No-name-Produkte und werfen daher hohe Gewinne ab.
- Es handelt sich bei der Produkt- und Markenpiraterie um ein „victim less crime“, also eine Variante des Verbrechens, die ethisch möglicherweise weniger Überwindung kostet, da die Täter nicht direkt mit den Opfern konfrontiert werden.
- Nachahmung ist bei niedrigem Technologiestand leichter durchzuführen als Neuentwicklung.
- Fehlende Vermarktungsmöglichkeiten sind eine schlechte Voraussetzung für Innovation.
- Es wird zu wenig Forschung betrieben.
- Eine Verstärkung des IPR-Schutzes würde den Wettbewerbsdruck auf einheimische Unternehmen erhöhen.
- Bei einer Verstärkung des IPR-Regimes entstehen anfänglich hohe zusätzliche Kosten für die Administration von IPR.
- Bei der Überführung der Fälscherbetriebe in normale Produktionsstätten fallen ebenfalls hohe Kosten an.
- Das niedrige Einkommen der Beamten fördert deren Suche nach zusätzlichen Einnahmequellen.
- Noch ist die einheimische Lobby gegen die Piraterie sehr klein.

Argumente für einen rigoroseren IPR-Schutz in der VR China

Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung von einzelnen Ländern, dann ist zu beobachten, dass der typische Verlauf folgendermaßen ist:

The poorest countries allocate virtually no resources to invention or innovation and have little intellectual property to protect. As incomes and technical capabilities grow to moderate levels, some inventive capacity emerges, particularly of the adaptive kind, but competition remains based on imitation, and the majority of economic and political interests prefer weak protection. As an economy develops, additional inventive capacity and demands for high-quality products emerge, and more firms lobby for effective protection, a process that is abetted by foreign firms interested in servicing growing markets. Finally, protection shifts up sharply at the

highest levels of income (Maskus et al. 2005:298).

Es spricht also einiges dafür, dass es allgemein einen positiven Zusammenhang zwischen Innovation und IPR-Schutz gibt. Dafür sprechen noch andere Argumente:

- Durch die Verpflichtung, die Daten einer Erfindung bei der Patentanmeldung zu veröffentlichen, helfen Patente dabei mit, Wissen zu verbreiten (Maskus et al. 2005:301).
- Ein überdurchschnittliches Maß an Knowhowmissbrauch verlangsamt den Weg zur Innovation (Blume 2006:276).
- Die Beziehung zwischen Markenschutz und der Einführung von neuen Firmen und Produkten, die auf lokalen Lebensmitteln, kulturellen Vorteilen und eingeborenem Kunsthandwerk beruhen, hat zwei Wirkungen auf industrielle Entwicklung: Sie regt den Eintritt kleiner Firmen in den Markt an und ermutigt erfolgreichere Firmen, sich die Wirtschaftlichkeit von Massenproduktion zunutze zu machen und interregionale Produktion und Marketing einzuführen. Die so gewachsenen Unternehmen investieren dann auch in Forschung und Entwicklung (Maskus et al. 2005:300).
- Ein schwacher IPR-Schutz führt dazu, dass die Unternehmen qualitativ schlechter produzieren, um auf dem Markt konkurrenzfähig zu bleiben (Maskus et al. 2005:300).
- Die Produktion von kostspieligen urheberrechtlich zu schützenden Werken wie Filmen, Musik und Software lohnt sich für lokale Unternehmer nicht, wenn sie sofort kopiert werden (Maskus et al. 2005:300).
- Ein gutes IPR-System und die damit verbundene Rechtssicherheit für Investoren fördert ausländische Investitionen und den Transfer von hochwertigen Technologien (Hors/Zhang 2005:412f.; Maskus et al. 2005:301).

In Bezug auf die VR China, deren Mängel im IPR-Schutz oben ausführlich dargestellt wurden, liegt es also nahe, ein verschärftes IPR-Regime zu fordern. Dafür sprechen auch folgende chinaspezifische Gründe:

- Die Mehrzahl der ausländischen Unternehmer hat Probleme mit dem IPR-Schutz in China.
- Die Konsequenz der Rechtsunsicherheit ist, dass ausländische Unternehmen Kerntechnologien und Technologien auf dem neuesten Stand möglichst von China fern halten. Umgekehrt zieht ein guter IPR-Schutz Spitzentechnologien an (Maskus et al. 2005:300).

- Das macht sich auch bei der fehlenden Motivation ausländischer Unternehmen, Forschung und Entwicklung in der VR China anzusiedeln, bemerkbar.
- Ein effektives System für Gebrauchsmusterschutz kann der Anfang für eine produktive Wirtschaft sein (Maskus et al. 2005:299).

Fazit I: IPR-Schutz in der VR China heute

Trotz einer sehr raschen und praktisch vollständigen Adaption der gesetzlichen Rahmenbedingungen für den IPR-Schutz hat die VR China noch einen weiten Weg vor sich, die spezifischen Anreize für die Umgehung der IPR und die kulturellen Faktoren zu überwinden, die die Verletzung von IPR begünstigen. Die Probleme sind ausreichend klar identifiziert. Es kommt jetzt auf die Schärfung der rechtlichen Bedingungen und die konsequentere Durchsetzung auf allen administrativen Ebenen an.

So weit die konventionelle Sicht auf den IPR-Schutz. Verstärkt im Vorfeld des G-8-Gipfels in Heiligendamm im Juni 2007 mehren sich allerdings die Stimmen gegen ein rigoroseres und zudem noch harmonisiertes IPR-Schutzsystem. Hat diese Diskussion eine Relevanz für die VR China? Im Folgenden wird geprüft, ob sich die dabei angeführten Argumente auch auf den Fall China übertragen lassen.

Der Zusammenhang von Innovation und IPR-Schutz

Die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Verwendung des Begriffs Innovation geht auf den Volkswirt Joseph Schumpeter zurück. Danach ist Innovation die Durchsetzung einer technischen oder organisatorischen Neuerung, nicht allein ihre Erfindung. Seit der Übersetzung von Schumpeters Band *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* 1963 aus dem Englischen findet der Begriff auch in Deutschland breite Verwendung (wikipedia 2007).

In der bisherigen Darstellung wurde der Ansicht gefolgt, dass es einen eindeutig positiven Zusammenhang zwischen der Intensität des IPR-Schutzes und dem Ausmaß von Innovation in einer Gesellschaft gibt. An dieser Stelle sollen nun die Vertreter der gegenteiligen Ansicht zu Wort kommen. Gibt es auch Argumente gegen ein verschärftes IPR-Regime? Und gelten sie auch für China?

Die Sicht der Befürworter eines eingeschränkten IPR-Schutzsystems

Die Befürworter eines eingeschränkten IPR-Schutzes sehen in den IPR unter anderem folgende Nachteile: Sie fördern die Monopolbildung, hemmen Innovationen, schränken Wissenstransfer ein und treiben nicht zuletzt Transaktionskosten in die

Höhe (Bödeker 2005:66). Der US-amerikanische Ökonom Joseph Eugene Stiglitz, der 2001 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt, und globalisierungskritische NGOs wie attac (ihre diesbezüglichen Thesen zusammenfassend: Bödeker et al. 2005) vertreten daher die Auffassung, dass der Schutz geistigen Eigentums nicht verschärft, sondern im Gegenteil deutlich gelockert werden sollte.

Bödeker et al. (2005:65f.) identifizieren insgesamt vier Begründungen für den Schutz des geistigen Eigentums: die naturrechtliche Begründung, die Belohnungstheorie, die Offenbarungstheorie und die Anspornungstheorie.

Die naturrechtliche Begründung der geistigen Eigentumsrechte besagt, dass Menschen ein Eigentumsrecht an ihren Ideen haben, unabhängig davon, welche gesellschaftlichen Folgen sich daraus ergeben. Dabei wird davon ausgegangen, dass jede Idee genau einer Person bzw. einer Organisation zugeschrieben werden kann. Gegen diese Begründung spricht, dass praktisch jede Idee auf dem Wissen anderer basiert. Fraglich ist auch, warum ein Erfinder dieses Naturrecht nur für die für Patente übliche Zeit von 20 Jahren innehaben kann.

Nach der Belohnungstheorie sollten Schöpfer geistiger Werke von der Gesellschaft belohnt bzw. für ihre Arbeit entschädigt werden. Gegen dieses Argument könnte man einwenden, dass diese Entschädigung nicht zwangsläufig mit der Kontrolle über die Werke einhergehen müsste.

Die gängigste Begründung für den Schutz geistiger Eigentumsrechte ist die Anspornungstheorie, nach der geistige Eigentumsrechte einen Anreiz für Erfinder und deren Geldgeber bieten, geistige Werke hervorzubringen.

Nur das Patentrecht betreffend besagt die Offenbarungstheorie, dass nur durch das Patentverfahren Erfinder dazu gebracht werden können, ihre Erfindungen zu veröffentlichen. Bödeker et al. (2005:65f.) setzen dagegen, dass diese Veröffentlichung in den meisten Fällen anderen die Erfindung nicht ohne Weiteres zugänglich macht und dass die Geheimhaltung auch ohne Patentierung oft kaum gelingen würde.

Beispiel Patentschutz

„Wissen sollte ein öffentliches Gut sein“ ist eine Kernforderung der Befürworter weniger strenger Schutzrechte. In der neoklassischen Ökonomie sind öffentliche Güter solche Güter, die für jeden zugänglich sind und deren Nutzung durch eine Person keine weitere Person darin behindert, sie zu nutzen; diese Eigenschaften werden auch *nicht rivalisierend* und *nicht ausschließend* genannt (Bödeker et al.

2005:62). Wissen wird nicht weniger, wenn es konsumiert wird. Die Kritiker der Verschärfung von weltweiten Patenten sagen, dass man „den Wunsch von Erfindern, ihre Entdeckungen zu schützen, die Anreize, die durch diesen Schutz entstehen, und das Interesse der Allgemeinheit, die von einem breiteren Zugang zu Erkenntnissen und der damit einhergehenden Beschleunigung neuer Entdeckungen und wettbewerbsbedingter Preissenkungen profitiert, immer sorgfältig gegeneinander abwägen“ muss (Stiglitz 2006a:142).

Eigentumsrechte sollen im Allgemeinen einen Anreiz schaffen, sich um sein Eigentum zu kümmern. Dieses Recht gilt jedoch nicht uneingeschränkt: Nutzungsarten, die wichtige Rechtsgüter anderer Menschen oder die ökonomische Effizienz – z.B. durch Monopolbildung – beeinträchtigen, sind untersagt. Geistige Eigentumsrechte bilden dagegen ein Monopol. Die Gewinne, die sich aus der Monopolstellung ergeben, sollen Anreiz für neue Forschungsaktivitäten bieten (Stiglitz 2006a:144).

Die Folge von Monopolen durch geistige Eigentumsrechte sind zu hohe Preise und zu niedrige Produktion (Bödeker 2005:66). Monopole können auf zwei Arten missbraucht werden: Entweder dadurch, dass die Monopolinhaber die Güter nicht herstellen, auf die sie ein Monopol haben. Dadurch behindern sie andere, diese Güter herzustellen und Nachfolgeprodukte zu entwickeln. Oder die Inhaber von Monopolen benutzen sie dazu, sich unfaire Vorteile in einem anderen Markt zu verschaffen (Bödeker 2005:67). Die hohen Preise, die zum Beispiel bei Medikamenten durch Patentschutz verursacht werden, bedeuten für die Menschen, die sie sich nicht leisten können, dass ihre Krankheiten nicht geheilt werden, obwohl die Wissenschaft dazu schon längst in der Lage wäre (Stiglitz 2006a:141), ein Problem, das besonders Entwicklungsländer betrifft.

Der Schutz geistigen Eigentums treibt auch Transaktionskosten, also die Kosten, die bei Transaktionen von Gütern oder Rechten entstehen, in die Höhe. Solche Transaktionskosten sind z.B. Patentgebühren, Kosten zur Erstellung von Patentanmeldungen, Kosten für die Strafverfolgung von Patentverletzungen oder Kosten für Anwälte und Gerichte bei Patentstreitigkeiten (Bödeker et al. 2005:70f.). Im Falle Chinas entstehen unter anderem zusätzliche Kosten durch die Informationsbeschaffung für die Beweisführung, die in China oft durch private Ermittler durchgeführt wird (Fuchs 2006:133), und die zeitraubenden behördlichen Verfahren. Zudem birgt die Patentanmeldung auch die Gefahr, dass durch die damit verbundene öffentliche Bekanntmachung der Schutzrechte eventuell erst ein Anreiz zur illegalen Nachahmung ausgelöst werden könnte

(Fuchs 2006:192).

In Bezug auf China ist besonders wichtig, wie sich das IPR-System wahrscheinlich auf die Innovation auswirkt. Folgende Argumente sprechen allgemein gegen die innovationstreibende Kraft der IPR.

Die Einführung von IPR ist teuer:

- IPR tragen auch ein Potenzial in sich, zumindest in der Anfangsphase ihrer Einführung und Durchsetzung wirtschaftliche Verluste mit sich zu bringen, denn die Kosten für Verwaltung und Durchsetzung eines modernen IPR-Systems sind hoch (Maskus et al. 2005:302f.).
- Die Umstellung einer Industrie, die vorwiegend auf Piraterie beruht, auf eine IPR-geschützte Industrie wird den Verlust von Arbeitsplätzen zu verzeichnen haben (Maskus et al. 2005:304).
- Eine Umstellung auf strengeren IPR-Schutz, z.B. in der Pharmaindustrie, aber auch in der Konsumgüterindustrie, hätte deutliche Preissteigerungen zur Folge, die sich negativ bei den Verbrauchern niederschlagen würde (Maskus et al. 2005:305).
- Solange ein Land nur über ein relativ niedriges Niveau an Innovation verfügt, überwiegen die Kosten des IPR-Systems die Vorteile (Blume 2006:168).

IPR sind Monopolrechte und können dadurch den Wettbewerb übermäßig beeinträchtigen:

- IPR erweisen sich als wenig innovationsfördernd, wenn es um die Erforschung von Krankheiten geht. Sie bestärken eher die Tendenz, die Krankheiten, die in Industrieländern auftreten (z.B. Herzkrankheiten, Diabetes) zu erforschen, da dort größere Umsätze aufgrund der größeren Kaufkraft der Bürger zu erwarten sind, als die Krankheiten, die in den Entwicklungsländern gehäuft auftreten (wie Malaria, AIDS) (CIPR 2002:13).
- Es gibt diverse Formen des Missbrauchs von IPR, der durch eine kluge Wettbewerbspolitik unter Kontrolle gehalten werden muss. Beispiele für Missbrauch von IPR sind „bad-faith lawsuits, hidden ownership of intellectual property, restrictive patent-pooling agreements that reduce product competition, refusals to license technologies, tie-in sales to establish dominance in related markets, and insistence on exclusive rights to competing technologies“ (Maskus et al. 2005:306).
- Gegen den Wettbewerb abgeschottete Monopole sind nicht dem starken Druck ausgesetzt, der zu Erfindungen führt. Inhaber von Monopolen können ihre Macht nutzen, um Wettbewerber auszuschalten, sodass andere weniger

Anreize haben, in die Forschung zu investieren (Stiglitz 2006:147).

- Patente auf menschliche Genmutationen haben enormen (oft auch restriktiven) Einfluss auf die medizinische Forschung (Stiglitz 2006:152).

IPR verhindert die Verbreitung von Wissen, das für Innovation notwendig ist:

- Für die Wirtschaft ist frei zugängliches Wissen von Vorteil, weil neue Ideen darauf aufbauen können. Geistige Eigentumsrechte, die in der Hoffnung verliehen werden, dass sie Innovation fördern mögen, schränken die Nutzung von Wissen ein (Stiglitz 2006a:144).
- Man kann davon ausgehen, dass die meisten Ideen auf Wissen basieren, das es vorher schon gegeben hat. Werden diese Ideen unter Patentschutz gestellt, so wird auch Wissen, das bisher frei zugänglich war, der Öffentlichkeit entzogen. „Und trotzdem kann der Patentinhaber von anderen Schadensersatz für die unbefugte Nutzung dieses Wissens verlangen“ (Stiglitz 2006a:145).

IPR wirkt abschreckend auf Kreative:

- Eine unübersichtliche Patentlage hindert Innovation auch dadurch, dass potenzielle Erfinder durch die unsichere Rechtslage abgeschreckt werden, auf den Ideen anderer aufbauend weiterzuforschen (Stiglitz 2006a:147).
 - Innovation wird auch dadurch gehemmt, dass Unternehmen den Großteil ihrer Ausgaben nicht in der Forschung, sondern im Zusammenhang mit Patenten verwenden: Entweder brauchen sie die Mittel, um ihre Monopolstellung abzusichern, oder, um die Patente anderer zu umgehen (Stiglitz 2006a:147).
 - Besonders innovative Nationen haben erst relativ spät den Schutz geistigen Eigentums eingeführt: die Schweiz 1977, Deutschland 1968, Frankreich 1960, Italien 1978 (Stiglitz 2006a:148; Liebig 2001:28, Fn. 95).
 - In bestimmten Bereichen der Gesellschaft, zum Beispiel der Wissenschaft, wird gerade viel Wert auf die Offenlegung von Wissen gelegt, um so den Innovationsprozess zu beschleunigen (Stiglitz 2006a:149).
 - Gegen Softwarepatente spricht, dass Inhaber von Softwarepatenten ganze Industriezweige mit Gebühren und Einschränkungen blockieren können, wenn sie zufällig einen wichtigen Algorithmus patentiert haben, der für ein neues Programm nicht ersetzt werden kann (Bödeker et al. 2005:76).
 - Auch in der Biotechnologie sind Patente höchst umstritten. Schon jetzt können große Saatgutkonzerne ihren Abnehmern verbieten, Teile ihrer Ernte als Saatgut aufzubewahren. Patente auf Genome von Pflanzen und Tieren hindern ganze Wissenschaftszweige an der Forschung (Bödeker et al. 2005:76).
- Es konnte bisher auch kein eindeutiger Zusammenhang zwischen starkem

IPR-System und einem Zuwachs von ausländischen Investitionen und/oder Technologietransfer nachgewiesen werden:

A recent World Bank publication on Intellectual Property and Development [...] shows that neither strong IPR, nor bilateral investment or free trade agreements (FTAs) automatically yield an increase in technology transfer and foreign direct investment (FDI). Figures show that countries with weak protection or enforcement of IPR like Brazil and China have been more successful in attracting FDI than many developing countries that have made strong IPR central to their development strategy (Kamperman Sanders 2007:426).

Die Anwendbarkeit der Argumente auf China: Entwicklungs- oder Schwellenland?

Den Befürwortern eines weniger rigorosen IPR-Regimes geht es vor allem darum, sicherzustellen, dass den armen Ländern, den Entwicklungsländern, erstens nicht die Möglichkeit zu Entwicklung und Innovation genommen wird, ihnen zweitens nicht ureigenes Wissen durch Patente anderer vorenthalten wird und sie schließlich drittens den Zugang zu wichtigen Medikamenten zu für sie erschwinglichen Preisen erhalten können.

Spiele diese Fragen für China eine Rolle? Zunächst ist die Frage, ob China ein Entwicklungs- oder ein Schwellenland ist, nicht einfach zu beantworten. China selbst bezeichnet sich als Entwicklungsland, obwohl es seit kurzem begonnen hat, selbst in großem Ausmaß Entwicklungshilfe an afrikanische und lateinamerikanische Länder zu gewähren. Das Land gefällt sich auch in der Rolle des Sprechers der Entwicklungsländer. Sowohl die deutsche Regierung als auch die Vereinten Nationen ordnen China ebenfalls als Entwicklungsland ein (z.B. die Deutsche Botschaft Beijing 2007; BMZ 2007). China erfüllt zwar noch einige typische Merkmale der Entwicklungsländer, wie z.B. das geringe durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Verbindung mit einem hohen Ginikoeffizienten und einem großen ökologischen Raubbau. Jedoch ist China durch seinen einzigartigen und kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufstieg seit 1978, seine „Drachenköpfe“ Shanghai, Guangzhou und Beijing sowie seine internationale wirtschaftliche und politische Bedeutung, dieser Rolle schon längst entwachsen und daher ein typisches Schwellenland, das noch nicht in allem mit den Industrieländern gleichziehen kann. Entsprechend wird China beispielsweise beim Internationalen Währungsfonds unter der Kategorie *developed country/emerging markets* geführt.

Es stellt sich nun die Frage, ob die VR China als Schwellenland eines ähnlichen Schutzes vor zu rigorosen IPR-Regelungen bedarf wie arme Entwicklungsländer.

Soweit der Autorin bekannt, beruft sich die Regierung der VR China in offiziellen Stellungnahmen nie auf die Argumente der Verfechter eines schwächeren IPR-Regimes, sondern verteidigt dort konsequent die Politik der Stärkung des IPR-Systems. Chinesische Wissenschaftler befassen sich eher mit den rechtlichen Aspekten von IPR und weniger mit den ökonomischen Fragen nach dem Zusammenhang zwischen IPR und Entwicklung (Maskus et al. 2005:311). Nur selten argumentieren einzelne Autoren im Sinne schwacher IPR. Eine Ausnahme bildet der Jurist Jonathan Chu:

Understandably, it is in a country's interest that intellectual property rights are protected if they have a comparative advantage in innovation. The interests of China appears to not lie in innovation but rather in imitation and adaptation of other innovations therefore a lower standard of intellectual property rights protection are in its interests. This theory however, is not limited to just China and other developing countries. The very countries concerned about China's lack of intellectual property rights enforcement such as Japan and Canada, are imitation and adaptation based countries. However, with the greater access to information from a lower level of protection may allow China to grow into an innovation-based country while at the same time grow into appreciating the advantages of intellectual property rights protection (Chu 2004:32).

Gleichwohl hat China triftige Gründe, einen zu strengen IPR-Schutz abzulehnen bzw. ihn nur unzureichend durchzusetzen:

- *Counterfeiting* ermöglicht im derzeitigen volkswirtschaftlichen Entwicklungsstadium Chinas in großem Maße wirtschaftliches Wachstum, Steuereinnahmen, Innovation und Beschäftigung und dadurch soziale Stabilität (Blume 2006:276).
- Die Preiserhöhungen durch Patente z.B. für Medikamente wären eine hohe Belastung für die chinesische Bevölkerung (Maskus et al. 2005:311).
- Es ist der chinesischen Seite durch die immense Anziehung des chinesischen Absatzmarktes auch im aktuellen IPR-System möglich, durch das Ausnützen des harschen Wettbewerbs unter den ausländischen Anbietern den Transfer von Spitzentechnologien zu erreichen; es besteht in diesem Bereich kein Anreiz, die Regelungen zu verschärfen (Maskus et al. 2005:311).
- Möglicherweise nicht immer im Sinne der Parteiideologie, aber immer positiv

im Sinne eines Wissenszuwachses hat die chinesische Bevölkerung bisher immens davon profitiert, dass Filme, Musik, Bücher und Software für jeden erschwinglich auf dem chinesischen Markt erhältlich waren.

Fazit II: IPR-Schutz in der VR China morgen

Abgesehen von diesen chinesischen Eigeninteressen, die die praktische Durchsetzung von IPR in der nächsten Zeit noch weiter erschweren werden, gibt es offensichtlich kaum eine Diskussion zu der Frage, wie weit China in der Frage des IPR-Schutzes in Abwägung mit den eigenen hochgesteckten Innovationszielen gehen will.

Dabei muss sich auch die VR China als Global Player von heute und vor allem von morgen überlegen, wie weit der Zugang zu Wissen in der Welt in Zukunft erhalten werden soll.

Die Befürworter eines weniger strengen IPR-Schutzes schlagen Alternativen zur Vergütung von Urhebern vor, die auch ohne Patentsystem bzw. mit einem abgeschwächten Schutzsystem funktionieren würden. Diese Vorschläge, die noch in der Entwicklung begriffen sind, finden sich in der einschlägigen Literatur (u.a. Stiglitz 2006a; Bödeker et al. 2005).

Die Gegenüberstellung dieser sehr unterschiedlichen Perspektiven sollte zeigen, dass die beiden Seiten der IPR-Medaille noch nicht erschöpfend erforscht sind.

To make sure we are getting value from intellectual property systems that is greater than the private and social costs, we need a deeper, fact-based understanding of how intellectual property works. It means understanding not just the law, but the practical application of the law and what that means for innovation, competition, and access. It means understanding the balances inherent in intellectual property, whether explicit or implicit – between producers and users, between first-generation and second-generation inventors, between property rights and free competition, between invention and integration, and between lawyers and programmers. It means calibrating the balance in an open and public process (Kahin 2002:7).

Das internationale System des Schutzes geistigen Eigentums hat sich schon zu einer stabilen Konstruktion gefestigt. Jedes Land, das Mitglied der WTO wird, verpflichtet sich zur Umsetzung der TRIPs-Regeln in nationales Recht. Die kritische Weiterentwicklung dieses Systems kann deshalb nicht national stattfinden. Sie muss international diskutiert und umgesetzt werden. Das gilt

auch für China, wenn auch nicht im Sinne eines schwachen Entwicklungslandes, sondern viel mehr als verantwortungsvolle und einflussreiche Nation, die in den nächsten Jahrzehnten enorme technologische Entwicklungen vollziehen wird.

As China moves away from export-led growth, it will have to look for new sources of dynamism in its growing entrepreneurial ranks, which requires a commitment to creating an independent innovation system. But if China wants a dynamic innovation system, it should resist pressure by Western governments to adopt the kind of unbalanced intellectual property laws that are being demanded. Instead, it should pursue a „balanced“ intellectual property regime. Since knowledge itself is the most important input in the production of knowledge, a badly designed intellectual property regime can stifle innovation – as in some areas of the U.S. (Stiglitz 2007).

Anhang

Tab.1 Mitgliedschaften der VR China in internationalen Organisationen bzw. Übereinkünften zum Schutz geistigen Eigentums

Organisation/Abkommen	Beitritt
World Intellectual Property Organization (WIPO)	1980
Paris Convention for Protection of Industrial Property Rights	1985
Madrid Agreement Concerning the International Registration of Marks	1989
Washington Treaty on Intellectual Property in Respect of Integrated Circuits	1990 (Unterschrift)
Berne Convention for the Protection of Artistic and Literary Works	1992
Universal Copyright Convention (Welturheberrechtsabkommen)	1992
Convention for the Protection of Producers of Phonograms Against Unauthorized Duplication of Their Phonograms	1993
Nice Agreement Concerning the International Classification of Goods and Services for the Purposes of the Registration of Marks	1994
Patent Cooperation Treaty (PCT)	1994
Budapest Treaty on the International Recognition of the Deposit of Microorganisms for the Purposes of Patent Procedure	1994
Trademark Law Treaty	1994 (Unterschrift)
Protocol Relating to the Madrid Agreement Concerning the International Registration of Marks	1995
Locarno Agreement Establishing an International Classification for Industrial Designs	1996
Strasbourg Agreement Concerning the International Patent Classification	1997
The International Union for the Protection of New Varieties of Plants (UPOV)	1999
Agreement on Trade-Related Intellectual Property Rights (TRIPs)	2001
World Trade Organisation (WTO)	2001
Singapore Treaty on the Law of Trademarks	2007 (Unterschrift)
WIPO Copyright Treaty (WCT)	2007
WIPO Performances and Phonograms Treaty (WPPT)	2007

Quelle: Eigene Zusammenstellung (Ganea 2005; Groombridge 2000; National Working Group 2007; Hors/Zhang 2005; www.wipo.int).

Tab.2.a Die wichtigsten Behörden/Organisationen zur Durchsetzung des Schutzes geistigen Eigentums in der VR China

Behörde/Organisation	Wesentliche Aufgaben beim Schutz geistigen Eigentums
ACPAA (All-China Patent Agents Association) (unter Aufsicht des SIPO; gegründet 1988)	Aufsicht über die Patentagenturen Standards für Patentagenturen Internationale Kooperation Training
GAPP (General Administration of Press and Publication)	Amt für Urheberrechtsangelegenheiten Gesetzgebungsvorbereitung zum Urheberrecht Verwaltung von Urheberrechten Internationale Kooperation und Austausch in Urheberrechtsfragen
National Working Group for Intellectual Property Rights Protection (unter Leitung der Vizepremierministerin Wu Yi, zusammengesetzt aus 17 Mitgliedern, die aus verschiedenen Organisationen zum Schutz geistigen Eigentums kommen, darunter das Zentralkomitee der KP Chinas, das Ministerium für öffentliche Sicherheit, das Justizministerium u.a.; gegründet 2004)	Führung der gesamten Arbeit im Bereich Schutz geistigen Eigentums in der VR China Gesetzgebung Koordinierungsmechanismen zwischen den einzelnen administrativen Organisationen Koordinierung zwischen administrativen und gerichtlichen Mechanismen und Organisationen Stärkung des Bewusstseins für geistige Eigentumsrechte in der Öffentlichkeit
Ministry of Agriculture and the State Forestry Administration	Rechte an neuen Pflanzenarten
Ministry of Culture	Urheberrechtlich geschützte Audio-Video-Werke
State Administration for Radio, Film, and Television	Urheberrechtlich geschützte Werke in den Bereichen Radio, Fernsehen und Kinofilm
NCA (National Copyright Administration and Copyright Bureau) (gegründet 1985)	Umsetzung des Urheberrechtsgesetzes Formulierung von Regeln zur Administration und Umsetzung von Urheberrechten Untersuchung und Bearbeitung von national bedeutsamen Verstößen gegen Urheberrechte Kampagnen Genehmigung von Verwertungsgesellschaften Urheberrechtsverwaltung im Zusammenhang mit dem Ausland Verwaltung staatlicher Urheberrechte Überwachung regionaler Urheberrechtsverwaltungsbüros

Tab.2.b Die wichtigsten Behörden/Organisationen zur Durchsetzung des Schutzes geistigen Eigentums in der VR China

SAIC (State Administration of Industry and Commerce) und TMO (Trademark Office) in der SAIC	Verantwortlich für Markenregistrierung und -administration Untersuchung und Bestrafung von Markenschutzrechtsverletzungen Unterstützung des Schutzes und des Bekanntheitsgrades von bekannten Marken Internationale Kooperationen im Bereich des Markenrechtsschutzes
SIPO (State Intellectual Property Office) (1998 als Nachfolgeorganisation des 1980 gegründeten Patentamts der VR China eingerichtet; direkt dem Staatsrat unterstellt)	Koordination von auslandsbezogenen Angelegenheiten in Bezug auf geistiges Eigentum Patentierungen Konzeption der Patentgesetzgebung Studium ausländischer Regelungen und Gesetze zum Patentrecht Festlegung der Standards für Patentrechtsverletzungen Überprüfung von Patentagenturen und Patentanwälten Verbreitung von Wissen über das Patentrecht in China und Trainingsangebote
SOIPP (State Office of Intellectual Property Protection) (2004 im Handelsministerium als Executivagentur für die National Working Group on IP Protection gegründet)	Koordination von SIPO, SAIC, GAPP Analysen zur Produkt- und Markenpiraterie Durchführung von Kampagnen

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach den Selbstdarstellungen der Organisationen (ACCPA 2007, GAPP 2007, National Working Group 2007, NCA 2007, SAIC 2007, SIPO 2007, Hors/Zhang 2005).

Literatur

- Abele, Corinne (2006), „Kopieren lernt in China jedes Kind“, in: *Handelsblatt*, 21. Dezember 2006
- Alford, William P. (1995), *To Steal a Book Is an Elegant Offense: Intellectual Property Law in Chinese Civilization*, Stanford, California: Stanford University Press
- All-China Patent Agents Association (ACPAA) (2007): „Introduction“. Online: <http://www.acpaa.cn> (Aufruf: 16.03.2007)
- Allgemeine Grundsätze des Zivilrechts der VR China (1986), „Deutsche Übersetzung: Chinas Recht III.7“. Online: <http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de>

- /chinarecht/ (Aufruf: 16.03.2007). Chinesisch-Englische Version: "(General Principles of Civil Law of the People's Republic of China (1986))", in: CCH Asia Pacific (Hrsg.), *CCH China Laws for Business, Business Regulation, Vol. 1-5*, Hongkong 1985ff. (CCH Business Regulation) Referenznr. ¶19-150
- Blume, Andreas (2006), *Die Neue Politische Ökonomie der Produkt- und Markenpiraterie am Beispiel der Volksrepublik China*, Dissertationsstudie an der Universität Trier (unveröffentlicht)
- Bödecker, Sebastian/Moldenhauer, Oliver/Rubbel, Benedikt (2005), *Wissensallmende. Gegen die Privatisierung des „Wissens der Welt“ durch geistige Eigentumsrechte*, AttacBasisTexte 15, Hamburg: VSA Verlag
- Bundesministerium der Justiz (BMJ) (2006), „Patentbehörden Deutschlands und Chinas bauen Zusammenarbeit aus“, Pressemitteilung vom 14. September 2006
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2007), *Informationen zum Land China*. Online: <http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/china/profil.html> (Aufruf: 22.05.2007)
- Bundesregierung (BReg) (2007a), „Europa gelingt gemeinsam“. Präsidenschaftsprogramm 1. Januar bis 30. Juni 2007. Online: <http://www.eu2007.de/includes/Downloads/Praesidentschaftsprogramm/EU-P-AProgr-d-2911.pdf> (Aufruf: 16.03.2007)
- (2007b), „Wachstum und Verantwortung – Leitmotiv der deutschen G8-Präsidentschaft“. Online: <http://www.g-8.de/Content/DE/Artikel/2007/03/Anlagen/2007-03-01-g8-schlaglichter,property=publicationFile.pdf> (Aufruf: 15.03.07)
- (2006), „Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Harald Leibrecht, Gudrun Kopp, Marina Schuster, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/3388 – Auswirkungen chinesischer Produktpiraterie für deutsche Unternehmen“ (24.11.2006)
- China Embassy (2007), “Foreign Ministry Spokeswoman Jian Yu’s Regular Press Conference on 30 January 2007“. Online: <http://www.china-embassy.org/eng/fyrth/t293308.htm#> (Aufruf: 22.05.2007)
- Chinesisches Patentgesetz, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil (GRURInt)*, Heft 6, Juni 2001, S.549f.
- Chinesisches Markengesetz, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil (GRURInt)*, Heft 6, Juni 2002, S.489f.
- Chu, Jonathan Mark W. W. (2004), „Not Enough? An Examination of China’s

- Compliance with the Intentions of the TRIPS Accord“. Working Paper hosted by The Berkeley Electronic Press. Online: <http://law.bepress.com/expresso/eps/255> (Aufruf: 07.05.2007)
- Commission on Intellectual Property Rights (CIPR) (2002), *Integration von geistigen Eigentumsrechten und Entwicklungspolitik. Bericht der Kommission für geistige Eigentumsrechte*, London. Online: <http://www.iprcommission.org> (Aufruf: 18.05.07)
- Deutsche Botschaft Peking (2007), *Entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Entwicklungsland China*. Online: http://www.peking.diplo.de/Vertretung/peking/de/05/Entwicklungspolitische_20Zusammenarbeit/entw_pol_zusarbeit_ub__seite.html (Aufruf: 19.05.2007)
- Durchführungsbestimmungen zum Markenrecht, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil (GRURInt)*, Heft 3, März 2003, S.223f.
- Durchführungsbestimmungen zum Patentrecht, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil (GRURInt)*, Heft 3, März 2002
- Durchführungsverordnung zum Urheberrechtsgesetz der Volksrepublik China vom 2. August 2002, *Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil (GRURInt)*, Heft 12, Dezember 2003
- Feng, Peter (2003), *Intellectual Property in China*, Hong Kong, Singapore, Malaysia: Sweet & Maxwell Asia
- Fuchs, Hans Joachim (Hrsg.) (2006), *Piraten, Fälscher und Kopierer. Strategien und Instrumente zum Schutz geistigen Eigentums in der Volksrepublik China*, Wiesbaden: Gabler
- Ganea, Peter/Pattloch, Thomas (2005), *Intellectual Property Law in China*, The Hague: Kluwer International
- General Administration of Press and Publication (GAPP) (2007), *Xinwen chubanzongshu (guojia banquan ju) jianjie* (Allgemeine Verwaltung von Presse und Verlagen (Staatliches Amt für Urheberrechte) Einführung). Online: <http://www.gapp.gov.cn> (Aufruf: 16.03.2007)
- Gesetz der VR China gegen den unlauteren Wettbewerb (1993), „Deutsche Übersetzung in Chinas Recht VIII.1“. Online: <http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/chinarecht/> (Aufruf: 16.03.2007). Chinesisch-Englische Version “(Law of the People’s Republic Against Unfair Competition (1993))”, in: CCH Asia Pacific (Hrsg.), *CCH China Laws for Business, Business Regulation, Vol. 1-5*, Hongkong 1985ff. (CCH Business Regulation) Referenznr. ¶16-640
- Groombridge, Mark A. (2000), „The Political Economy of Intellectual Property

- Rights Protection in the People's Republic of China", in: Long, Clarisa (Ed.) (2000), *Intellectual Property Rights in Emerging Markets*, Washington: The AEI Press, S.11-46
- Hors, Irène/Zhang, Gang (2005), „Intellectual Property Rights in China: Governance Challenges and Prospects“, in: OECD (2005), *Governance in China. China in the Global Economy*, Paris
- Huck, Winfried (2006), „Geht es aufwärts mit dem Schutz des geistigen Eigentums in China? China's Action Plan on IPR Protection 2006 – Aktuelle Entwicklungen in China und Europa“, in: *AW-Prax* 10/2006: S.419-422
- Institut für Asien-Studien (IAS) (2007), *Asienkarten. Gini-Index 2006*. Online: <http://www.giga-hamburg.de/ias/asienkarten/maps/map-17.html> (Aufruf: 22.05.2007)
- Intellectual Property Protection in China (IPR.gov) (2007), *New rulings designed to snare IPR pirates*. Online: http://english.ipr.gov.cn/ipr/en/info/Article.jsp?a_no=67293&col_no=934&dir=200704 (Aufruf: 22.05.2007)
- Kahin, Brian (2002), „What's Wrong with the Development of Intellectual Property Policy?“. Beitrag zur Konferenz der Heinrich Böll Stiftung „Die Zukunft der globalen Güter in der Wissensgesellschaft – Auf der Suche nach einer nachhaltigen Politik zum Schutz des geistigen Eigentums“, 08.11.2002, Berlin
- Karchow, Ralf (2006), *Das chinesische Urheberrecht. Überblick und Vergleich mit dem Deutschen Urheberrecht*, Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller
- Kamperman Sanders, Anselm (2007), „Intellectual Property Law and Policy and Economic Development with Special Reference to China“, in: Eger, Faure and Zhang (Eds.) (2007), *Economic Analysis of Law in China*, Edward Elgers (im Erscheinen)
- Liebig, Klaus (2001), *Geistige Eigentumsrechte: Motor oder Bremse wirtschaftlicher Entwicklung? Entwicklungsländer und das TRIPS-Abkommen*, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
- Long, Clarisa (Ed.) (2000), *Intellectual Property Rights in Emerging Markets*, Washington: The AEI Press
- Markengesetz der VR China (1982), „Deutsche Übersetzung: Chinas Recht 2002.9“. Online: <http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/chinarecht/> (Aufruf: 16.03.2007). Chinesisch-Englische Version "(Trademark Law of the People's Republic of China (2001))", in: CCH Asia Pacific (Hrsg.), *CCH China Laws for Business, Business Regulation, Vol. 1-5*, Hongkong 1985ff. (CCH Business

- Regulation) Referenznr. ¶11-500
- Maskus, Keith E./Dougherty, Sean M./Mertha, Andrew (2005), „Intellectual Property Rights and Economic Development in China“, in: Fink, Carsten/Maskus, Keith E. (2005), *Intellectual Property and Development. Lessons from Recent Economic Research*, Washington: The International Bank for Reconstruction and Development/The World Bank, S.295-331. Online: http://www.worldbank.org/research/IntellProp_temp.pdf (Aufruf: 07.05.07)
- National Copyright Administration and Copyright Bureau (NCA) (2007), *Zhineng fanwei* (Aufgabenbereiche). Online: <http://www.ncac.gov.cn/GalaxyPortal/in-ner/bqj/include/detail.jsp?articleid=4618&boardpid=869&boardid=11501010111613> (Aufruf: 16.03.2007)
- National Working Group for Intellectual Property Rights Protection (National Working Group) (2007). *Brief Introduction of National Working Group for Intellectual Property Rights Protection*. Online: <http://english.ipr.gov.cn/en/aboutus.shtml> (Aufruf: 16.03.2007)
- OECD (2005), *Governance in China. China in the Global Economy*, Paris
- Patentgesetz der VR China (1984), „Deutsche Übersetzung: Chinas Recht 2000.12“. Online: <http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/chinarecht/> (Aufruf: 16.03.2007). Chinesisch-Englische Version “Patent Law of the People’s Republic of China (2000)”, in: CCH Asia Pacific (Hrsg.), *CCH China Laws for Business, Business Regulation, Vol. 1-5*, Hongkong 1985ff. (CCH Business Regulation) Referenznr. ¶11-600
- State Administration of Industry and Commerce (SAIC) (2007), *Mission*. Online: http://gsyj.saic.gov.cn/wcm/WCMData/pub/saic/english/About%20Us/t20060225_14598.htm (Aufruf: 16.03.2007)
- State Intellectual Property Office (SIPO 2007), *About SIPO*. Online: http://www.sipo.gov.cn/sipo_English/gysipo_e/default.htm (Aufruf: 16.03.2007)
- Stiglitz, Joseph (2006a), *Die Chancen der Globalisierung*, München: Siedler
- (2006b), „China and the Global Economy: Challenges, Opportunities, Responsibilities“, in: Lok, Sang Ho/Ash, Robert (Eds.), *China, Hong Kong, and the World Economy*, Hampshire, UK: Palgrave MacMillan, 2006. Online: http://www2.gsb.columbia.edu/faculty/jstiglitz/download/2006_China_and_Global_Economy.pdf (Aufruf: 07.05.07)
- (2007), „China searching for a New Economic Model“, in: *Taipei Times* (16. April 2007)
- Urheberrechtsgesetz der VR China (1990), „Deutsche Übersetzung“, in: *Chinas*

- Recht*, 6.VI. Online: <http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/chinarecht/> (Aufruf: 16.03.2007)
- (2001), „Deutsche Übersetzung: Chinas Recht 2001.12“. Online: <http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/chinarecht/> (Aufruf: 16.03.2007). Chinesisch-Englische Version “(Copyright Law of the People’s Republic of China (2001))”, in: CCH Asia Pacific (Hrsg.), *CCH China Laws for Business, Business Regulation*, Vol. 1-5, Hongkong 1985ff. (CCH Business Regulation) Referenznr. ¶11-700
- United States Trade Representative (USTR) (2006a), *2006 Special 301 Report*. Online: http://www.ustr.gov/assets/Document_Library/Reports_Publications/2006/2006_Special_301_Review/asset_upload_file324_9334.pdf (Aufruf: 07.05.2007)
- (2006b), *Report to Congress on China’s WTO compliance*. Online: http://www.ustr.gov/assets/Document_Library/Reports_Publications/2006/asset_upload_file688_10223.pdf (Aufruf: 07.05.07)
- (2007), *2007 Special 301 Report*. Online: http://www.ustr.gov/assets/Document_Library/Reports_Publications/2007/2007_Special_301_Review/asset_upload_file230_11122.pdf (Aufruf: 21.05.2007)
- (2007a), *History of the United States Trade Representative*. Online: http://www.ustr.gov/Who_We_Are/History_of_the_United_States_Trade_Representative.html (Aufruf: 21.05.2007)
- Verordnung über den Schutz von Computersoftware, Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil (GRURInt)*, Heft 1, Januar 2003, S.47f.
- Vertragsgesetz der Volksrepublik China (1999), „Deutsche Übersetzung in: Chinas Recht 2000.1“. Online: <http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/chinarecht/> (Aufruf: 16.03.2007). Chinesisch-Englische Version “(Contract Law of the People’s Republic of China (1999))”, in: CCH Asia Pacific (Hrsg.), *CCH China Laws for Business, Business Regulation*, Vol. 1-5, Hongkong 1985ff. (CCH Business Regulation) Referenznr. ¶5-650
- Wang, Xiang (1998), *Chinese Patent Law and Patent Litigation in China*, Marylang: School of Law University of Maryland, Occasional Papers/Reprints Series in Contemporary Asian Studies
- wikipedia (2007), „Innovation“. Online: <http://de.wikipedia.org/wiki/Innovation> #Wirtschafts-_und_sozialwissenschaftliche_Verwendung (Aufruf: 22.05.07)
- Zheng, Chengsi (1997), *Intellectual Property Enforcement in China: Leading Cases and Commentary*, Hong Kong: Sweet & Maywll Asia

Zui gao renmin fayuan, zui gao renmin jiancha yuan (ZGRMFY) (2007), *Guanyu banli qinfan zhishi chanquan xingshi anjian juti yingyong falü ruogan wenti de jieshi* (2) (Erläuterungen des Obersten Volksgerichts und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft zu einigen Fragen bzgl. der detaillierten Rechtspraxis in der Behandlung von Straffällen bei Verletzungen des Schutzes geistigen Eigentums, Teil 2) (05. April 2007). Online: http://laws.ipr.gov.cn/ipr/laws/info/Article.jsp?a_no=67578&col_no=17&dir=200704 (Aufruf: 22.05.2007)